



Vierteljähriger Abonnementenpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{2}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Beihchrift 1 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Nr. 50. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 30. Januar 1865.

Preußen.

Die Antwort des Königs auf die Adresse des Herrenhauses.

Berlin, 29. Jan. Der König erwiderte auf die Adresse des Herrenhauses:

Ich danke dem Herrenhaus für die erneuerte Kundgebung seiner Gesinnungen, welche in der Mir von Ihnen überreichten Adresse einen nach Form und Inhalt so schönen Ausdruck gefunden haben. Daß Ich die Waffenhaben Meines Kriegsheeres dankbar anerkenne, versteht sich von selbst; es ist aber auch auf andern Gebieten der Staatsverwaltung von Meiner Regierung in dem versloffenen Jahre Vieles geschehen, wodurch Preußen auf die Stufe des Ansehens in Europa gehoben worden ist, welche seiner Macht entspricht.

Ich habe es gern vernommen, daß das Herrenhaus auch diese Ehrlichkeit Meiner Regierung dankbar gewürdigt hat. Dieser Dank, sowohl für die ruhmreiche Haltung des Heeres, wie für die erfolgreichen Bekämpfungen Meiner Regierung, lebt aber auch, Ich bin davon überzeugt, in Meinem Volke, und diese Überzeugung ist es, welche Meinem Herzen so wohl thut. Das Beste dabei aber ist es, daß Alles, was geschehen, auf der Grundlage geschehen ist, welche allein durch Gottes Segen Bestand und Dauer gewährt, auf der Grundlage der Gottesfurcht.

Die Gottesfurcht ist in dem Heere lebendig gewesen, aus ihr ist die opferwillige Theilnahme hervorgegangen, welche das Volk dem kämpfenden Kriegsheere so warm und eifrig bewiesen hat.

Es ist Mein sehnlichster Wunsch, daß der zwischen Meiner Regierung und einem Theile der Landesvertretung bestehende Gegensatz ausgeschlossen werde.

Ich bin in der Thronrede der Landesvertretung entgegen gekommen, nur ist es an der Landesvertretung, auch Mir entgegen zu kommen. An dem aber, was Ich in Beziehung auf diese Ausgleichung vom Throne herab ausgesprochen habe, werde Ich unerschüchterlich festhalten, indem Ich gewissenhaft bemüht bin, Alles zu thun, was mit der Wohlfahrt des Landes vereinbar ist.

Bei dieser Meinung darf Ich das Vertrauen hegen, daß die Mißthöhe, welche allerdings noch vorhanden sind, bald beseitigt sein werden. Sprechen Sie dem Herrenhaus, insbesondere den Antragstellern Meinen königlichen Dank für die Mir überreichte Adresse aus.

(Wolff's T. B.)

Berlin, 28. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem königlich niederländischen Commissarius im Herzogthum Limburg, Peter Joseph August Maria van der Does de Billebois, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Sterne, sowie dem kaiserlichen russischen Linien-schiff-Capitain der Garde-Marine und attachirt Ihren kaiserlichen Hoheiten den Großfürsten Alexander und Wladimir von Russland, v. Bod, und dem königlich niederländischen Rath J. Jonkheer Wilhelm Johann Gerhard Klerck den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse zu verleihen; ferner den Rittergutsbesitzer Johannes Carl Leopold Hommeyer auf Wrangelsburg, Kreis Greifswald, in den Adelstand zu erheben.

Se. Majestät der König haben Allernächst ihren Minister-Residenten in Weimar, Legations-Rath v. Birch in derselben Eigenschaft auch am herzoglich sachsen-altenburgischen Hofe, sowie an den beiden fürstlich reußischen Höfen zu ernennen geruht.

Der bisherige Gerichts-Herr Berger in Stralsund ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bergen und zugleich zum Notar im Department des Appellationsgerichts zu Greifswald, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bergen, ernannt worden.

[Ihre Majestät die Königin] empfing gestern den Fürsten Wittgenstein und speiste mit Sr. Majestät dem Könige bei Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen, wo der Geburtstag des Prinzen Wilhelm gefeiert wurde. Abends wohnte Ihre Majestät dem Concerte des Gustav-Adolf-Vereins und dem Balle im Opernhaus bei.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag den Kriegsminister v. Roon, den Premier-Lieutenant v. Kempen vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommersches) Nr. 2 und eine Deputation der Gesellschaft „Flora“ zu Köln.

Von ½—¾ Uhr erfolgte der Besuch der höchsten Herrschaften zur Gratulation des Prinzen Wilhelm. Zur Feier des Geburtstages fand von 4—7 Uhr ein Kinderball statt, zu welchem 50—60 Kinder herangezogen waren.

An dem um 5 Uhr stattfindenden Diner nahmen Ihre Majestäten der König und die Königin und die hessischen Herrschaften Theil.

Am Abend wohnten Ihre königlichen Hoheiten dem Subscriptions-ball im Opernhaus bei.

(St.-A.)

O. C. [Die Budget-commission des Hauses der Abgeordneten] hat bisher drei Sitzungen gehalten: in der ersten fand die Konstituierung statt, in der zweiten die Vertheilung der Staats-, außerdem brachten in der zweiten Sitzung die Abg. Birchow und v. Saucken ihre bekannten Anträge ein, über welche heute, in der dritten Sitzung, von dem Abg. Forkenbed Bericht erstattet wurde. In der Zwischenzeit von der zweiten zur dritten Sitzung bezeichnete die Regierung ihre Commissare für die einzelnen Staats. Heute war die Regierung durch den Geh. Oberfinanz-Rath Mölle vertreten, der schon seit Jahren allen Sitzungen der Budget-commission beiwohnt und gewissermaßen die Stelle eines General-Commissarius des Finanzministeriums einnimmt. Der Berichterstatter, Abg. Forkenbed, schloß sein Referat mit folgenden, von der Budget-commission angenommenen Anträgen, durch welche die von Birchow und v. Saucken gestellten erledigt sind: „Die Budget-commission wolle beschließen:“

I. zunächst an das Haus über den vorgelegten Staatshaushalts-Staats-Entwurf einen Generalbericht zu erstatten und in denselben insbesondere mit Rücksicht auf die in dem vorgelegten Entwurfe veranschlagte bedeutende Steigerung der Einnahmen des Staates und auch die gleichzeitig vorgelegten Gesamtentwürfe über die Bewilligung von Anleihen zu prüfen;

a. ob die in allen Kreisen der Bevölkerung hervortretenden Klagen über eine übermäßige und fortwährend steigende Anspannung der Steuerkraft des Landes begründet sind;

b. eventuell welche Mittel und Wege vorhanden sind, denselben abzuholzen, oder für die Zukunft vorzubereiten;

c. ob den vielfach hervorgetretenen äußerst dringenden Bedürfnissen der einzelnen Verwaltungszweige durch eine gerechte Vertheilung der Staatsmittel abgeholfen ist.

II. Gleichzeitig in der Commission, vorbehaltlich eines Beschlusses über die Berathung des Militär-Staats, in die Berathung der übrigen Special-Staats einzutreten; die Beschlüsse über die Feststellung der Einnahmen und Bewilligung der Ausgaben jedoch nur vorläufig, mit dem Vorbehalte, später auf dieselben zurückzukommen, zu fassen.

III. Die königl. Staatsregierung aufzufordern: die über die Veranlagung der Gebäudesteuer in den Jahren 1863 und 1864 erlassenen allgemeinen Ministerial-Beschreibungen und seitens des Ministeriums ausgearbeiteten Denkschriften der Commission mitzuteilen.

IV. Mit Rücksicht darauf, daß die in der Thronrede versprochene Vorlage über die Kriegssteuer erst nach dem Finalschluß des vergangenen Jahres, also frühestens Ende März 1865 zu erwarten ist, von der königl. Staatsregierung Auskunft darüber zu fordern, welche Veränderung in den vorhandenen Mitteln des Staates durch die Führung des Krieges entstanden sind,

insbesondere ob und welche Summen aus dem Staatschaz entnommen sind.“

Bei der Debatte über diese Anträge erklärte der Regierungs-Commissionar Geh. Rath Mölle ad I.: Gegen die Erstattung eines Generalberichts an das Haus habe er nichts einzumenden, das gehöre zu den inneren Angelegenheiten der Commission, in welche die Regierung sich nicht mische ad III.: Die Mittheilung der Instruction, betreffend die Veranlagung der Gebäudesteuer, sei er zwar nicht ermächtigt zusagen, er zweifele aber nicht daran, daß der Finanzminister ihn zur Mittheilung derselben ermächtigen werde, ad IV. Was der Krieg kostet habe, wisse er nicht und sei er außer Stande zu sagen; ebenso wenig, ob die Mittel dazu theilweise aus dem Staatschaz entnommen seien; er werde aber den Finanzminister fragen, ob er darüber Auskunft geben wolle. Er halte es für unmöglich, sie koste die Kosten des Krieges zu veranschlagen. Wenn auf Österreich hingewiesen werde, dessen Regierung schon vor einer Reihe von Wochen ihren Kosten-Antrag endgültig aufgestellt haben soll, so könne er darunter nur eine vorläufige, nicht vollständig genaue und erschöpfende Berechnung vermuten. Die Budget-commission nahm die vier Anträge ihres Referenten an, nachdem die Abg. Birchow und v. Saucken ihnen geringer, resp. lebhafteren Widerspruch aufgezeigt und sich jenen Anträgen ebenfalls angeschlossen hatten. Zu Berichterstattern über dieselben sind ernannt: Forkenbed, Michaelis, v. Hoberbeck, Tweten und Reichenheim. Diese fünf Referenten sollen sich mit den Referenten über die Special-Staats in Verbindung setzen. Bis zur Erstattung des Generalberichtes an das Haus (Antrag I.) werden wohl zwei bis drei Wochen vergehen.

Die Militär- und Marine-Staats werden wahrscheinlich schon Montag oder Dienstag an die Mitglieder der Budget-commission vertheilt werden. Man erwartet, daß die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses am Dienstag stattfindet.

[Vorführung gegen katholisch-polnische Propaganda.]

Der Herr Minister des Innern hat folgende Verfügung an die königl. Regierungen erlassen:

Aus Anlaß der päpstlichen Encyclica an die Bischöfe in Polen haben einflußreiche französische Geistliche in Paris unter dem Namen „Stiftung des Katholizismus in Polen“ eine Association gebildet, welche den Zweck hat, den polnischen Katholiken zur Hilfe zu kommen, sie gegen russische Verfolgung zu schützen, ihren Mut zu erhalten und sie in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu bestimmen. Von dem Vorstehenden L. G. Séguir, Prälat des päpstlichen Hauses und Canonicus des kais. Kapitels v. St. Denis, wird die Verzweigung dieser Association zunächst für alle franz. Diöcesen, sodann aber auch für andere katholische Länder angestrebt. Daß dem Vereine nicht blos ein religiöser Zweck, sondern auch eine politische Tendenz zum Grunde liegt, ergiebt die Bemerkung in einem von dem ic. Séguir an den Erzbischof von Posen gerichteten und durch die Zeitungen veröffentlichten Schreiben vom 15. October d. J., daß man durch Erfüllung der gestellten Aufgabe wirkamer, als durch den Angriff von Armen über die Speculationen der Diplomatie zur Auferstehung des polnischen Volkes beizutragen überzeugt sei. In Verbindung hiermit steht die Nachricht, daß die Gründung eines polnischen Seminars zur Ausbildung von Aspiranten polnischer Nationalität für den geistlichen Stand in Rom genehmigt und der Resurrectionisten-Mönch Peter Semenoff ermächtigt worden ist, die chemisch polnischen Landestheile zu bereisen, um Schüler für das Seminar zu gewinnen, zugleich aber in katholischen Ländern Beiträge für dasselbe zu sammeln. Die königl. Regierung mache ich hierauf mit der Veranlassung aufmerksam, gegen etwa zu Gunsten der gedachten Association oder des Seminars beabsichtigte Sammlungen die bestehenden resp. auf Grund des Rescripts vom 24. October 1862 ergangenen Befehle wegen unbedingten Collectorens zur Anwendung zu bringen. Berlin, 31. Dezember 1864.

[Der früher erwähnte Erlass des Cultusministers] in Betreff des „bischoflichen Wortes“ des Bischofs von Paderborn lautet nach dem kirchlichen Amtsblatt des kgl. Consistoriums der Rheinprovinz wörtlich:

Auf den Bericht des königlichen Consistoriums vom 15. d. M. erkläre ich mich vollkommen damit einverstanden, daß die Auffassung, welche der Bischof Dr. Martin von Paderborn in seiner Schrift: „Ein bischöfliches Wort an die Protestanten Deutschlands“ von der Stellung der katholischen Kirche in Preußen gegenüber den evangelischen fundgegeben hat, indem er darin unter Anderem sich von Gottes und Rechts wegen als den rechten Oberhirten auch der Protestanten in seiner Diözese bezeichnet, nach dem in Preußen geltenden Staatsrecht jedweder Begründung enthebt. Die evangelischen Unterthanen Sr. Maj. des Königs dürfen sich daher versichert halten, daß, wenn sie sollte verlucht werden, dieser Auffassung irgend welche praktische Folge zu geben, die Staatsregierung solchem Beginnen mit gebührendem Ernst und Nachdruck entgegentreten wird. Dem königlichen Consistorium überlasse ich, hier von den Kreishaupten Mithilfung zu machen. Berlin, den 27. Dezember 1864. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Ageleghenheiten. (giz.) v. Mühlner.

[Die Grenz-Regulirungs-Commission,] bestehend aus dem dänischen Major v. Schöller, aus dem österreichischen Oberstleutnant v. Poop und aus dem preußischen Major v. Stedingk, war am 19. d. Mts. in Ripen versammelt. Sobald die Grenzfähre gesetzt sein werden, wird, nach der „Berl. Tid.“, die Commission zur Erledigung verschiedener mit der Grenz-Regulirung in Verbindung stehender ökonomischer Angelegenheiten schreiten und hierbei von Seiten Dänemarks von dem früheren haderslebener Hausvogt Heuckendorff unterstützt werden.

Prozeß wegen Verbreitung der „Gartenlaube.“ Seitdem die in Leipzig erscheinende „Gartenlaube“ durch Rescript des Ministeriums für die preußische Monarchie verboten ist, sind manchfache Verfiche gemacht worden, die genannte Zeitschrift unter anderen Namen in Preußen einzuführen. Es haben deswegen schon mehrfache Prozeß stattgefunden. Am 27. d. M. wurde wieder eine Anklage gegen den Buchhändler R. Medlenburg verhandelt, der die „Gartenlaube“ unter den Namen „Familien-Album“, „Hinter'm warmen Ofen“ u. s. w. hier solle verbreitet haben. Das Gericht nahm an, daß die in Rede stehenden Schriften ihrem Inhalte nach mit der „Gartenlaube“ identisch seien und verurtheilte den Angeklagten zu 30 Thlr. Geldbuße.

Königsberg, 25. Jan. [Beschlagnahme.] Wegen des telegraphischen Berichtes über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag ist gestern auch die „Ostpr. Ztg. und offizielle Anzeigebüll“ auf Anordnung des Polizeipräsidii mit Beschlag belegt worden.

Stettin, 27. Januar [Beschlagnahme.] Das Morgenblatt der „Pommerschen Zeitung“ ist heute wegen eines Leitartikels „die Verhängung“ polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Tempelburg, 27. Jan. [Bestätigung.] Der Kohlbergermeister Lorenz, welcher allgemein als Fortschrittsmann bekannt ist, hat wider alles Erwarten die Bestätigung zum Rathmann seitens der königlichen Regierung erhalten. (Pomm. 3.)

Köln, 27. Jan. [Dankadresse.] Eine Versammlung der Wahlmänner Kölns hat einstimmig eine Dankadresse an den Präsidenten Grabow und eine Bürgerkrone für denselben votirt. (N. 3.)

Deutschland.

Karlsruhe, 25. Jan. [Die Anstrengungen der Curie.] — Dr. Schenkel.] Die Curie erlaubt neue Dinge; sie gründet wandernde Casino's zur Bearbeitung der Wahlen und Überwachungsausschüsse zur Kontrolle der Ortschulräthe, mit anderen Worten organisierte geheime Verbindungen zur Bekämpfung des Staatsgesetzes. Die Kirche rechnet dabei vorzüglich auf den Umstand, daß es ihr gelingen solle, ein oder das andere hervorragende Mitglied des Ministeriums mit der Schulfrage zu ermüden, um wenigstens nach dieser nicht speziell politischen Seite der Aera des Jahres 1860 durch ein Nachgeben des Staats den Frieden zu sichern. Allein die Rechnung ist falsch. Das Gesamtministerium begreift sehr wohl, daß in diesem Augenblick und für unser Land in dieser geistigen Entwicklung zum Prinzip der rechtstaatlichen Freiheit der Schwerpunkt der Regierungswirklichkeit liegt. Indem daher die an und für sich nicht schneidig prinzipiellen Gesetze von 1860 unverbrüchlich festgehalten werden, gibt die Regierung amtlich fund, daß von ihr eine retrograde Bewegung absolut nicht zu erwarten steht. Auch befindet sich die Regierung dazu gar nicht in der Lage; denn sie bewegt sich mit der Schule auf einem unbekannten staatlichen Gebiet und greift nirgends über in die Zustände der Kirche. — Bezuglich der vielberühmten Directorstelle am evangelisch-protestantischen Predigerseminar in Heidelberg sei bemerkt, daß die jeweilige Ernennung nach dem Statut von 1838 nach Anhörung der Vorschläge der obersten Kirchenbehörde durch den Landesherren erfolgt. Prof. Schenkel bekleidet diese Stelle seit 1851. Er kam bekanntlich von Basel, einer Stadt, deren kirchliches Leben stark dem Pietismus zuneigt.

Wiesbaden, 26. Jan. [Verbot.] Der für gestern angekündigte Vortrag des Herrn Predigers Hiepe über die päpstliche Encyclica im Saale der Witwe Engel wurde nicht gehalten, weil derselbe von herzogl. Polizeidirection, resp. herzogl. Landesregierung, verboten worden war. (Mitt. 3.)

Kassel, 27. Jan. [Eine Erklärung Detters], deren Veranlassung aus ihr selbst ersichtlich ist, ist der „Hess. M.-Z.“ zugegangen und lautet:

Seit einigen Wochen ist in mehreren Zeitungen von der Sendung eines Mitgliedes der Fortschrittspartei in Betreff der kurhessischen Angelegenheit die Rede. Die „Hessenzitung“ spricht sogar von einer „Verföppelungsmission“ an Hrn. v. Bismarck und versichert dabei, unter Hinweisung auf meine Unwissenheit in Berlin, daß „demokratischen und conservativen Zeitungen bestimmt berichtet oder unverkennbar angegedeutet“ werde, daß ich der Vertreter sei. Bissher habe ich mich, wie schon in der „Morgenzeitung“ bemerkt ist, nicht veranlaßt sehen können, auch nur ein einziges Wort auf all das Gerede, dessen unlautere Quelle und Absicht zu Tage liegt, zu erwidern. Da aber der Lärm fortduckt und die amtliche „Kasseler Zeitung“ aus dem wiener „Wochenter“ sogar die Angabe wiederholt und gesellschäftlich betont hat, daß „die Majorität der Ständemänner einen Vertrauensmann nach Berlin geschickt habe“ ic. ic.; so will ich nicht länger anstehen, zu erklären, daß ich keiner Mission der gedachten Art erhalten und ausgeführt habe, daß ich nach langer Abwesenheit in Ems allerdings auch in Berlin gewesen bin, aber aus eigenem Antriebe und zu eigenen Zwecken, und nicht in irgend einem Auftrage von Parteigenossen oder der damaligen Ständemeerheit, mit deren Schriften ich ohnehin nicht einverstanden war. Auf etwaige weitere Erdörungen und persönliche Angriffe werde ich, meiner Gewohnheit gemäß, nichts erwidern. Dr. Detter.

Leipzig, 27. Jan. [Schilling +.] Heute starb nach kurzem Unwohlsein der Professor des römischen Rechts an hiesiger Universität, Dr. Fr. Ad. Schilling, Senior der Juristen-Facultät, Mitglied des engen Senats, Prälat des Hochstifts Merseburg u. s. w.

Deutschland.

G. C. Wien, 28. Jan. [Die anglo-österreichische Bank], die ihren vorsährigen Abschluß demnächst veröffentlichen wird, soll, wie verlautet, ihren Actionären für das zweite Semester eine Dividende von 5 p.C. vom eingezahlten Kapital vergütten. Da denselben bereits für das erste Semester 3 p.C. gezahlt wurden, so ergibt dies einen Reinertrag von 8 p.C., der um so bedeutsamer ist, als das vorige Jahr das erste des Bestehens der Anstalt ist, und aus den Erträgen außerdem auch die sehr bedeutenden Einrichtungskosten bestritten wurden. Das junge freie Sachsen, und für die Handelsbeziehungen mit England so nützliche Institut steigt daher auch immer mehr in dem Vertrauen des In- und Auslandes, und seine verschiedenen Geschäftszweige gewinnen täglich mehr an Ausdehnung.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. [Umschwung in Rom.] Die „France“ kündigt heute in einem Briefe aus Rom wichtige Entwicklungen über den Umschwung an, welcher beim Papst und dessen Umgebung vor sich gehen soll. Der Eindruck, den die Aufnahme der Encyclica im ganzen katholischen Europa gemacht hat, ist in Rom laut der „France“ ein sehr bedeutender, und der Papst wie Cardinal Antonelli sind ernstlich mit den Mitteln beschäftigt, denselben zu mildern; man fängt an, Zweifel über die Zeitgemäßheit eines Schrittes zu hegen, dessen Erfolg nur die Verstärkung der Gegner und die Schwächung der Verfechter des Papstthums war. — In der Umgebung des heiligen Vaters und selbst unter den Cardinalen herrscht Zwiespalt, und mehrere tadeln offen die Veröffentlichung als eine politische Unzeitigkeit, obwohl in Betreff der Lehre kein Zwiespalt vorhanden ist. Die „France“ versichert, daß „der Papst laut dagegen protestiert, als habe er die moderne Gesellschaft in ihren Fortschrittsbestrebungen, in ihrer Civilisation, Cultusfreiheit, ihrem allgemeinen Stimmrechte

